



Mag. Walter Oberascher
Vorsitzender des
Zentralausschusses



Helmut Priller
Vorsitzender des Dienst-
stellenausschusses Amt

Mit voller Hose ist gut stinken...

...sagt ein bekanntes Sprichwort. Wie berichtet, hat die Regierung beschlossen, dass zwei Jahre lang keine Gehaltsanpassungen vorgenommen werden und für alle Bediensteten die gesetzlich vorgesehenen Vorrückungen unterbleiben sollen. In einer Aussendung ließen Burgstaller, Haslauer, Brenner & Co den Bediensteten ausrichten, auch die Politikergehälter würden selbstverständlich nicht von den Nulllohnrunden ausgenommen. Bei einem Einkommen von 14.000 bis 16.000 Euro im Monat, 14x im Jahr, lässt sich leicht reden.

Einen Bezug von 15.912 Euro erhält die Landeshauptfrau im Monat. Ihre Stellvertreter Dr. Wilfried Haslauer und Finanzreferent Mag. David Brenner gehen mit 14.688 Euro pro Monat nach Hause. Und das 14 Mal im Jahr. Eine Landesrätin oder ein Landesrat verdient 13.872 Euro monatlich. Dazu kommt jeweils ein Dienstauto mit Chauffeur. "Es ist nicht schwer nachzuvollziehen, dass das Aussetzen einer Erhöhung dieser Bezüge den sieben Mitgliedern der Landesregierung nicht allzu große Opfer abverlangen wird", stellt ZA-Vorsitzender Mag. Walter Oberascher fest.

Im Gegensatz dazu verdient eine vollbeschäftigte Reinigungskraft mit 30 Dienstjahren 1.784 Euro brutto, ein junger Facharbeiter oder ein/e Verwaltungsassistent/in müssen mit einem Bruttoentgelt von rund 1.500 Euro das Auslangen finden. Ein C-Beamter mit Bestlaufbahn und 14 Dienstjahren erhält gerade einmal 1.840 Euro brutto; um das gleiche zu verdienen wie ein LH-Stellvertreter in einem Monat muss dieser Bedienstete ganze acht Monate arbeiten. Für viele Bedienstete – insbesondere für Teilzeitkräfte, AlleinverdienerInnen und AlleinerzieherInnen – ist es nicht leicht, mit ihrem Einkommen als Landesbedienstete über die Runden zu kommen. "Es ist daher ein Affront zu sagen, schaut her, wir Regierungsmitglieder verzichten freiwillig auf eine Gehaltserhöhung", sagt der Vorsitzende des Zentralausschusses.

Wir werden es nicht hinnehmen, dass derart in die Gehälter der Bediensteten eingegriffen wird, und die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen, so die beiden FSG-Personalvertreter Helmut Priller und Walter Oberascher.